

der und auferlegten Dames-Past sogar enger sein müssen als bei den mit uns in Wettbewerb stehenden Ländern.

So berechtigt die Gedanken unserer Sozialversicherung und das Streben der Arbeitnehmer nach einem möglichst hohen Anteil an dem Gesamtertrage unserer Erzeugung sind, so darf dies doch nicht dahin führen, daß die Beschäftigung der Arbeiter die Erfüllung ihrer Wünsche auf Kosten des Unternehmerrückgewinns ohne eine den Umständen entsprechende Begünstigung zu verschaffen sucht.

# Die Lehren des Schachtz-Prozesses.

## Der Prozeß als Gradmesser russischer Korruption.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. Juli. Der Ausgang des mehrwöchigen Senationsprozesses wird von den Berliner politischen Kreisen lebhaft beobachtet. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß man hier einen kommunistischen Senationsprozeß in Reinkultur vor sich hatte, an dem man lernen konnte, wie kommunistische Justiz überhaupt aussieht. Der vielleicht noch die Aufschauerung hatte, daß eine Prozeßhandlung den Zweck habe, durch Prüfung und Sichtung des vorgebrachten Beweismaterials die Richtigkeit oder Unrichtigkeit bestimmter Aussagen zu erweisen, habe sich, was Sowjetrußland betreffe, einer argen Täuschung hingeeben. In einem kommunistischen Prozeß nach Art des Moskauer würde zwar auch die äußere Form eines Prozeßverfahrens gewahrt, aber worauf es ankomme, seien nicht Beweise für die Schuld oder Unschuld eines Einzelnen, sondern Vorwürfe nach der Gesinnung, Stebe der Angeklagte in dem Verdachte, kein einwandfreier Bolschewik zu sein, dann werde er für schuldig befunden, habe, durch Prüfung und Sichtung des vorgebrachten Beweismaterials, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit bestimmter Aussagen zu erweisen, habe sich, was Sowjetrußland betreffe, einer argen Täuschung hingeeben.

Eine zweite wichtige Lehre erblickt man darin, daß der Prozeß vor aller Öffentlichkeit abgehalten wurde, die zwar vorher schon in eingeweihten Kreisen bekannt waren, nun aber doch der breiten Öffentlichkeit vorgeführt worden sind. Die russische Wirtschaft ist, wie man betont, unter der bolschewistischen Wirtschaft vollständig zusammengebrochen. Wenn schon unter dem zaristischen System Bestechung, Korruption und Willkür die Kennzeichen der russischen Verwaltung waren, so sei es unter den Bolschewisten noch viel schlimmer geworden. Was an wertvollem Material, an Maschinen, Apparaten usw. infolge dieser Zustände zurunde gegangen sei, werde sich schwer in Zahlen abschätzen lassen. Was aber aller Welt klar geworden sei, sei die Erkenntnis, daß im heutigen Rußland für wirtschaftliche Unternehmen, auch wenn sie aus dem Ausland kommen und sich angeblich des Schutzes der russischen Regierung erfreuen, verhältnismäßig wenig Sorge zu tun sein sei. Man glaubt kaum, daß sich nach den Moskauer Erfahrungen noch jemand findet, der großes Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands setzen könnte. Der von den Bolschewisten eingeschlagene Weg, die Schuld von sich auf andere abzuwälzen, müsse als wenig ansehbar angesehen werden. Der schwere Schaden, den der Prozeß für die deutsch-russischen Beziehungen hatte, liege vor allem darin, daß durch ihn umfangreiche deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen unterbrochen worden sind. Wenn das neue Reichskabinett nicht die einfachsten Verpflichtungen gegenüber der deutschen Wirtschaft verletzen wolle, dürfe die Regierung neue Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland erst aufnehmen, wenn von der russischen Regierung ein Heberlassungsvertrag abgeschlossen ist, der die persönliche Sicherheit der in Rußland tätigen Deutschen garantiert. Es müsse außerdem die Sicherheit dafür gegeben sein, daß nicht rein privatwirtschaftliche Fragen, wie die Güte einer Maschine, zum Gegenstande eines großen Staatsprozesses gemacht werden.

# England mit der deutschen Kabinettsbildung zufrieden.

London, 6. Juli. Die liberale Wochenzeitschrift „Nation“ schreibt zur deutschen Kabinettsbildung: Die beiden wirklich wichtigen Punkte sind, daß General Ordoz, dessen Loyalität und Aufrichtigkeit bewährt sind, und Außenminister Dr. Stresemann im Amt bleiben. Solange Dr. Stresemann Außenminister bleibt und von dem gesunden Menschenverstand und der Redlichkeit des Reichspräsidenten unterstützt wird, sind die Änderungen in der Besetzung politischer Posten nicht geeignet, Deutschlands Beziehungen mit der Außenwelt zu stören. (W. Z. B.)

wobei deutsche Staatsbürger Gefahr laufen, auf Grund irgendwelcher falscher Aussagen zum Tode verurteilt zu werden.

## Kritik der deutschen Presse.

Berlin, 6. Juli. Anlässlich des Schachtz-Prozesses setzt sich der „Vorwärts“ mit den deutschen Kommunisten auseinander, die zu den 23 Todesurteilen gegen Kaganowitsch brüllend Beifall geklatscht hätten, und schreibt: Es ist ein starkes Stück, daß die deutschen Kommunisten auch weitgehende Milde für unzureichend erklären, die von der deutschen Republik gegenüber Dynamitanschlägen und Vernichtung von Menschenleben geübt wird, während ihre russischen Vorbilder bereits auf unzumutbare Behandlung von Maschinen die nackte Todesstrafe setzten. Das Blatt kommt zu dem Schluss, daß das herrschende System Sündenböcke gebraucht habe, um die Unfähigkeit des bolschewistischen Wirtschaftssystems zu verdecken.

Auch die Kritik der „Germania“ ist äußerst scharf. Der Schachtz-Prozeß habe die Atmosphäre reinigen und die Widerstände gegen das Sowjetrußland endgültig niederzuschlagen sollen, stattdessen werde er aber allgemeine Unsicherheit und Spannung und vielleicht eine Reihe ähnlicher Prozesse auslösen. Für den eigentlichen Hauptanlasspunkt, die Mitgliedschaft oder Mitarbeit in einer antibolschewistischen Organisation, liege auch nicht der Anlaß eines Beweises vor. Was man sich an Hebergriffen im Moskauer Tendenzprozeß geleistet habe, gebe über alles das hinaus, was man bisher auf diesem Gebiete erlebt habe. Offenbar habe bei der Urteilsverkündung gegen die Deutschen das Außenamt ein Wort mitsprechen, so daß der Spruch vergleichsweise milde ausgefallen sei. Die Deutschen-Verhaftungen anlässlich dieses Prozesses hätten den Erfolg gehabt, die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu unterbrechen. Wenn Westeuropa mit politischen Saboteuren und Umkämpfern ebenso verfahren, wie Moskau mit den seinen, wäre kein Gefängnis groß genug, die Schuldigen aufzunehmen.

Der „Vol.-Anz.“ kommt zu dem Ergebnis, daß alle ihre Arbeit und Freiheit lebenden Europäer in einem Lande, in dem dieser unabwehrliche Prozeß möglich gewesen sei, ferneher nichts mehr zu suchen hätten. Man werde sofort wissen, daß das heutige Rußland kein Rechtsstaat sei.

Die „Börsezeitung“ bekräftigt mit Genauigkeit die Rehabilitierung der am Ausland-Geschäft besonders beteiligten deutschen Firmen. Das freisprechende Urteil werde jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Prozeß eine außerordentlich schwere Belastungsprobe für die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sei. Das Urteil des Moskauer Gerichts habe erfreulicherweise gezeigt, daß es dem Außenminister Tschitscherin gelungen sei, einen Sieg über die dunklen Kräfte der G. P. U. und über den einseitigen Standpunkt der Klassenjustiz davonzutragen.

## Gnadengesuch für die im Schachtz-Prozess zum Tode Verurteilten.

Moskau, 6. Juli. Die Verteidiger der im Schachtz-Prozess zum Tode verurteilten Ingenieure Goretzk, Jufewitsch, Poljarinow, Budny und Archischanowski haben beim Zentral-Exekutivkomitee für die Verurteilten ein Gnadengesuch eingereicht. (W. Z. B.)

# Der Rechtskonflikt im Memellande.

Berlin, 6. Juli. Aus Presseberichten geht hervor, daß zwischen der Memelregierung und Litauen erneut ein Konflikt ausgebrochen ist, und zwar handelt es sich dabei um einen Kompetenzstreit zwischen den ordentlichen Gerichten des Memellandes und der litauischen Militärgerichtsbarkeit, die sich auf Grund der Bestimmungen des Ausnahmestandes schwere Eingriffe in die memelländische Gerichtsbarkeit vorzunehmen kommen lassen, die sogar soweit gegangen sind, daß die litauische Militärbehörde im Memelgebiet aus dem memelländischen Gerichtsgebäude Litauen entfernt und die Gefangenen befreit hat. Wie wir hören, sind über diesen Konflikt, der einen Bruch des Memelstatuts bedroht, zurzeit Ausgleichsverhandlungen im Gange. Es ist Anlaß zu der Annahme vorhanden, daß die litauischen Streitkräfte die gewaltsame Lösung, zu der der Memelregion litauische Kriegskommandanten gegriffen hat, nicht billigen. Außerdem spielen noch persönliche Mißbilligkeiten und Irrtümern bei der ganzen Angelegenheit eine Rolle.

Für Deutschland ist wichtig zu wissen, daß Litauen die Taten des Kriegskommandanten nicht deckt, so daß zu hoffen ist, daß die Ausgleichsverhandlungen zu dem gewünschten Ziele führen. Leider hat das Memelstatut gewisse Stellen, die es ermöglichen, daß immer wieder Eingriffe seitens litauischer Stellen erfolgen können. Wenn die Ausgleichsverhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen sollten, so würde von deutscher Seite dann der Völkerverbund angerufen werden müssen. In diesem Vorgehen würde sich Deutschland nur schwer entschließen und es liegt jetzt bei Litauen, nunmehr endgültig die dauernden Verträge gegen das Memelstatut unmöglich zu machen.

# Eine chinesische Falschmünzwerkstatt für deutsches Geld.

Berlin, 6. Juli. An Bord deutscher Ueberseesdampfer, die aus China kamen, sind in der letzten Zeit mehrfach gefälschte deutsche 50-Pfennigstücke aufgetaucht. Zunächst wurde eine Anzahl bei einem Schiffsingeneur gefunden und beschlagnahmt. Dieser geriet in den Verdacht der Falschmünzerei, weil man ihm nicht glaubte, daß er die Münzen in Shanghai bei der Einwechslung chinesischer Dollars in deutsches Geld von einem chinesischen Geldwechsler erhalten habe. Seine Angabe erhielt aber bald eine gewisse Bestätigung dadurch, daß man auch auf einem zweiten aus Ostasien heimgekehrten Dampfer Falschstücke der gleichen Art fand. Bisher wurden 126 Stück beschlagnahmt. Alle stammen aus derselben Werkstätte, die in China liegen muß. Ein Teil ist nach den weiteren Ermittlungen durch chinesische Geldwechsler in Hongkong an Bord gekommen. Alle Maßregeln zur Verhütung eines weiteren Einschleppens der Münzen nach Deutschland sind alsbald getroffen worden. (W. Z. B.)

# Bericht Parker Gilberts über den vorgenommenen Transfer im 4. Annuitätjahr.

Berlin, 6. Juli. Der Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen für den Monat Juni ist soeben erschienen. An verfügbaren Geldern weist er auf Bargrundlage, umgerechnet in Goldmark, insgesamt 121 078 923,88 RM. auf, womit sich die Gesamtsumme bis zum 30. Juni im 4. Jahresannuität auf 15 436 841 123,88 RM. erhöht. An vorgenommenen Transfers in ausländischer Währung ergibt sich eine Summe von 77 292 285,63 RM., davon an Reparationen, Recovery-Act 28 522 988,54 RM. und an Parüberweisungen: 48 769 297,09 RM. Die Gesamtsumme der vorgenommenen Transfers in ausländischer Währung bis zum 30. Juni im 4. Annuitätjahr erhöht sich somit auf: 781 986 263,70 RM., wobei sich die entsprechenden Transfers an Reparationen, Recovery-Act und an Parüberweisungen auf 288 970 681,91 bzw. auf 393 118 581,79 RM. erhöhen. Durch Zahlungen in Reichsmark sind insgesamt 54 179 544,03 RM. überwiesen worden, davon an Sachlieferungen: 49 037 168,21 RM. und an Kosten für Besatzungsstruppen: 4 802 947,49 RM. Damit hat sich die Gesamtsumme bis zum 30. Juni im 4. Annuitätjahr an Zahlungen in Reichsmark auf insgesamt 651 047 061,23 erhöht, dabei die Sachlieferungen auf 59 077 949,56 RM. und die Kosten für Besatzungsstruppen auf 55 416 988,68 RM.

Die vorgenommenen Transfers sind nach dem Bericht an die Mächte u. a. folgendermaßen verteilt worden: Frankreich erhielt 7 966 444,85 RM. (die Erhöhung der Gesamtsumme im 4. Annuitätjahr bis zum 30. Juni beläuft sich somit auf 685 083 175,45 RM.), das britische Reich: 25 008 599,97 RM. (4. Jahresannuität: 288 085 572,70 RM.), Italien: 8 475 733,95 RM. (4. Jahresannuität: 98 685 236,47 RM.), Belgien: 6 222 158,02 RM. (4. Jahresannuität: 91 377 001,81 RM.), Schweden: 4 265 632,39 RM. (4. Jahresannuität: 49 025 741,13 RM.) und die Vereinigten Staaten von Amerika: 5 786 697,70 RM. (4. Jahresannuität: 63 026 374,02 RM.). Die Gesamtsumme der Transfers an die Mächte beläuft sich auf 123 292 814,95 RM., wobei sich die Gesamtsumme dieser Heberweisungen bis zum 30. Juni im 4. Annuitätjahr auf 1 202 085 675,84 RM. erhöht.

An Prioritätszahlungen sind insgesamt überwiesen worden: 8 179 015,01 RM. Die entsprechende Gesamtsumme bis zum 30. Juni im 4. Annuitätjahr für diesen Posten erhöht sich somit auf 81 847 649,09 RM.

Die Gesamtsumme der Transfers im Monat Juni beträgt: 131 471 829,66 RM. und im 4. Annuitätjahr bis zum 30. Juni: 1 283 888 924,03 RM.

# Französische Unnachgiebigkeit in der Rheinlandfrage.

Paris, 6. Juli. Die französischen Blätter beschäftigen sich am Freitag eingehend mit der Erörterung über die Reichslandfrage und den Voraussetzungen für eine vorzeitige Rheinlandräumung. Der „Temps“ stellt fest, daß die Sozialdemokraten in der Frage eines D'Albarnes eine ebenso unnachgiebige Stellung nehmen wie die bürgerlichen Parteien. Deutschland wolle seine D'Albarnes nicht durch Gewalt ändern, im übrigen aber sich die Hände nicht binden und die Zukunft abwarten. Das erste Bekenntnis der neuen Regierung zur Rheinlandfrage bestehe tatsächlich in einer Wendung in der Geschichte Deutschlands, daß bedürfe es ganz anderer Dinge, um das allgemeine Vertrauen zu Deutschland zu festigen und die europäische Staatsordnung endgültig zu konsolidieren.

Das „Journal des Débats“ führt zu der Rede Breichschelds aus, Breichscheld dürfe nicht übersehen, daß die französischen Sozialisten eine sofortige Räumung des Rheinlandes ohne Gegenleistung forderten. Ebenso wie die Freidenker jedoch die Rheinlandräumung von verschiedenen Bedingungen abhängig. Wenn nach dem Ausdruck Breichschelds Deutschland ein moralisches Recht auf sofortige Räumung habe, so hätten die Franzosen und Alliierten ein moralisches und durch Gesetz festgesetztes Recht auf die genaueste Erfüllung aller Klauseln des Versailler Friedensvertrages.

# Die Verhandlungen Sachsen-Thüringen.

## Erklärung der Thüringischen Regierung.

Weimar, 6. Juli. Im Landtag von Thüringen gab der präsidierende Minister Dr. Deutheuser im Rahmen der Erörterung eine Erklärung zu der Frage der sächsisch-thüringischen Verwaltungsgemeinschaften ab. Bei den Verhandlungen habe es sich lediglich um Vorerörterungen über die Möglichkeiten einer Verwaltungsgemeinschaft gehandelt. Die dabei in Aussicht genommene Beratung beider Kabinetts habe noch nicht stattgefunden. Deshalb könne man noch nicht bestimmte Abmachungen getroffen haben. Der Gedanke solcher Verträge sei schon in der Denkschrift der Regierung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung ausgesprochen worden. Auf der Völkervereinigung in Berlin sei das bisherige Vorgehen Thüringens als Anregung für alle Beteiligten aufgenommen und von Thüringen seien daraufhin die ersten Schritte zu weiteren Verhandlungen mit Sachsen angebahnt worden. Seiten die damit beauftragten Regierungsbeamten wesentlich weiter gegangen, als ihr Auftrag lautete, so könne das der Regierung selbst nicht zum Vorwurf gemacht werden. Am Ende habe ja auch der Landtag das letzte Wort in allem zu sprechen, was schließlich bei Fortführung der Verhandlungen herauskomme. Aber es sei immer wieder zu betonen, es könne sich nie um völlige Verschmelzungen, sondern nur um Gemeinschaften mit Wahrung staatlicher Selbstständigkeit drehen. Nicht politische Erwägungen, sondern die Finanzlage beider Länder sei der Anlaß gewesen. Auch wegen des Kredites von 20 Millionen von Sachsen habe es sich nur um unverbindliche Erörterungen gehandelt. Der Erparnisverfolg werde sich erst übersehen lassen, wenn feststehe, welche Verwaltungsgemeinschaften aufzuke kommen. Das Verlangen nach dem Einheitsstaat werde durch solche Maßnahmen zweifellos nicht durchkreuzt.

# Gachsen-Thüringen.

## Deutschnationale Anträge für die Landwirtschaft.

Berlin, 6. Juli. Die Reichstagsfraktionen der Demokraten und der Wirtschaftspartei haben gemeinsam eine Interpellation gegen das bayerische Wahlgeseß eingebracht, das sie als gegen die Reichsverfassung verstoßend erachten. Die deutschnationale Reichstagsfraktion beantragte, dem Reichstag einen Bericht über die Mängel der Arbeitslosenversicherung und deren Einwirkung auf die ländlichen Arbeiterverhältnisse vorzulegen. Ferner wird beantragt, einen Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Landarbeiterinnen, sowie über die Säuglingssterblichkeit in den Landarbeiterfamilien vorzulegen. Weitere Anträge betreffen sich mit dem Siedlungsweisen und mit Maßnahmen zur Begegnung der Landflucht. Ferner hat die deutschnationale Fraktion einen Antrag eingebracht, in der sie die Reichsregierung ersucht, weitere Mittel zum Zwecke der Finanzverbilligung bereitzustellen, um die Reitorationen beschleunigen zu können, ferner die Maßnahmen des Notprogramms für Förderung des Absatzes von Schlachttvieh, Fleisch und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Bereitstellung weiterer Reichsmittel auszubauen und die landwirtschaftliche Umschulungsaktion zu beschleunigen.

## Die Arbeiten des Reichsreformauschusses.

Berlin, 6. Juli. Der von den Regierungen des Reiches und der Länder eingesetzte Reichsreformauschuss hatte eine Anzahl seiner Mitglieder mit der Vorbereitung der Arbeiten des Ausschusses für die Zeit nach den Wahlen betraut. Dabei ist vielfach kritisiert worden, daß nur Material zusammengeheftet werde, aber nichts zur Vorbereitung einer fruchtbareren Verhandlung über die Reformprobleme geschähe. Hierzu wird noch von amtlicher preussischer Seite mitgeteilt, daß auch die preussische Regierung eine hohe Verantwortung von Material über erörterte Schwierigkeiten nicht für ausreichend erachtet. Es wird festgestellt, daß das von Preußen entsandte Mitglied neben einem systematischen Beitrag zur Materialsammlung auch eine ausführliche Denkschrift als geschäftstechnische Beratungsvorlage vorgelegt habe, in der das Gesamtproblem der Reichsreform mit Rücksicht auf seinen Umfang in geschäftstechnischer Hinsicht in abtrennbare Sonderfragen und untrennbar verflochtene Fragen zerlegt werde. Für die abtrennbaren Sonderfragen, die z. B. Beilegung von Enklaven, Verschmelzung kleiner Länder mit größeren, Aenderung der Landesgrenzen, Angleichung der Verwaltungsbezirke, des Verwaltungsaufbaues, des Verwaltungsrechts usw. betreffen, wird die Einlegung von Untersuchungsvorgängen, während die miteinander verflochtenen Hauptfragen, wie andere Teilung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern, Verbindung von Reichs- und Landesverwaltung in einer Mittelstelle, Verschmelzung der Zentralverwaltung von Reichsrat und Preußen usw., vom Ausschuss einheitlich erörtert werden sollen.

# Die Deutsche Volkspartei gegen eine Verwaltungsgemeinschaft Sachsen-Thüringen.

Weimar, 6. Juli. Die Deutsche Volkspartei hat am Freitag dem Thüringischen Landtag zu dem Abschluß von Verwaltungsgemeinschaften zwischen Thüringen und anderen deutschen Ländern folgende Erklärung abgegeben:

Wir setzen voraus, daß beim Abschluß einer Gemeinschaft das große Ziel einer immer stärkeren Vereinheitlichung des Reiches nicht außer acht gelassen wird und daß insbesondere nicht etwa Verträge abgeschlossen werden, die diesem großen Ziele hinderlich werden könnten. Auf einzelnen Gebieten der Staatsverwaltung halten wir die Vorklärung von Verwaltungsgemeinschaften für dringend wünschenswert, dagegen können wir eine allgemeine Verwaltungsgemeinschaft mit Sachsen, mit dem Ziele der Verschmelzung von Thüringen und Sachsen, nicht billigen. Wenn wir schon in ein anderes Land ausgehen, so kann nur ein Zusammenschluß mit Preußen in Frage kommen, und zwar als eine eigene, in sich geschlossene und deshalb die preussischen Teile von Thüringen mit umfassende Provinz Thüringen.

**Dampf-Waschanstalt „Edelweiß“**  
Dresden-N., Großenhainer Straße 140 — Telefon 56277  
**Naß-Trocken-Wäsche** nach Ge- wicht  
Sorgfältigste Behandlung. Schnelle Lieferung. Freie Abholung und Lieferung nach allen Stadtteilen.